



TAUSENDE MILLIARDEN VON EUROS DÜRFEN NICHT ARBEITEN,
AUSSER ALS ERNTEHELFER UND PROSTITUIERTE.
NATÜRLICH KOMMEN SIE DA AUF DUMME GEDANKEN



Die hohen Kosten einer Raus-aus-dem-Euro-Politik

Gastkommentar. Der Euro wirkt in der anhaltenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wie ein Schutzschirm für die Euroländer.

VON FRANZ NAUSCHNIGG

Traditionell sind besonders populistische Parteien und deren Spitzenvertreter dem Euro gegenüber ablehnend eingestellt. Zuerst agitieren sie gegen seine Einführung, dann fordern sie gemeinsam mit anderen populistischen Parteien im Euroraum den Austritt aus dem Euro und die Rückkehr zur früheren nationalen Währung oder auch eine Teilung in einen Nord- und einen Süd-Euro. Diese Vorschläge sind wirtschaftspolitisch nicht durchdacht, gefährlich und könnten uns alle teuer zu stehen kommen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat festgestellt, dass es von 1970 bis zum Jahr 2011 weltweit 218 Währungskrisen gegeben hat, womit sie die häufigsten Finanzkrisen waren. Diese Krisen verursachten hohe wirtschaftliche Kosten. Die Währungskrisen hatten negative Auswirkungen auf die jeweilige Volkswirtschaft. Dies, weil sie die wirtschaftliche Unsi-

cherheit erhöhen und viele Länder zur Verteidigung ihrer Währungen die Zinsen hoch halten müssen. Die Abwertungsländer gewinnen zwar kurzfristig an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, diese geht aber durch die durch höhere Importpreise verursachte Inflation bald wieder verloren.

Dramatische EWS-Krise

Durch die hohen Zinsen, die die Abwertungsländer zur Verteidigung ihres Wechselkurses einsetzen müssen, leiden vor allem Investitionen und Wachstum. Die Aufwertungsländer verlieren internationale Wettbewerbsfähigkeit und kämpfen mit Deflation, Rezession und steigender Arbeitslosigkeit.

In der aktuellen Diskussion wird auch sehr oft vergessen, dass es auch in der EU bis zur Schaffung des Euro 1999 immer wieder Probleme mit Währungskrisen und Wechselkursschwankungen gegeben hat. Am dramatischsten waren die Währungskrisen im Europäischen Währungssystem (EWS) von

1992 bis 1995. In der EWS-Krise wurde gegen fast alle EWS-Währungen, aber auch gegen den österreichischen Schilling spekuliert.

In jüngster Zeit häuft sich die Zahl starker Wechselkursschwankungen. In einigen Fällen ist es zu Währungskrisen mit extremen Ausschlägen der Wechselkurse gekommen, auch in Europa: Russland und die Ukraine werteten massiv ab, die Schweiz massiv auf – mit negativen Folgen für die jeweilige Volkswirtschaft. Andere Länder wie Dänemark oder Schweden müssen mit massiven Interventionen, unkonventionellen Maßnahmen und Negativzinsen ihre Wechselkurse verteidigen.

Insbesondere die Arbeitnehmer haben durch die Währungskrisen verloren. In Russland und der Ukraine stieg die Inflation stärker als die Löhne, wodurch es zu hohen Realeinkommensverlusten kam. In der Schweiz wurde für viele Arbeitnehmer die Arbeitszeit ohne entsprechenden Lohnausgleich erhöht, um die durch die

Aufwertung verlorene internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen. Die Schweizer Notenbank (SNB) konnte trotz hoher Interventionen ihr Wechselkursziel von 1,20 Franken zum Euro nicht halten, der SFR wertete stark auf.

Da dadurch die hohen, aus den Interventionen entstandenen Reserven abgewertet werden mussten, erlitt die SNB Verluste aus Fremdwährungspositionen von 23,3 Milliarden Franken im Jahr 2015, wodurch ihre Reserven fast zur Gänze aufgezehrt wurden.

Der Euro schützt die Euroländer vor Währungskrisen, die die häufigsten Finanzkrisen sind, nicht jedoch vor Bankenkrisen. Hier soll die EU Bankenunion helfen. Den Staatsschuldenkrisen soll der gestärkte Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU vorbeugen. Der Euro wirkt damit als Schutzschirm in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.

Als stabile Währung etabliert

Mit dem Euro entfallen teure Maßnahmen zur Absicherung von Wechselkursrisiken, der Binnenhandel im Euroraum kann sich ungestört von Devisenmarkturbulenzen und Wechselkursschwankungen entwickeln. Der Großteil des Handels Österreichs erfolgt innerhalb des gemeinsamen Währungsraums. Der Euro ist damit einer Tobin-Steuer, die seinerzeit vom Ökonomen James Tobin vorgeschlagen wurde, um Wechselkursschwankungen besser beherrschbar zu machen, in jeder Hinsicht überlegen. Durch den Euro werden ja nach der Abschaffung der einzelnen Währungen Wechselkursschwankungen zwischen den am Euro teilnehmenden Ländern überhaupt beseitigt.

Der Euro hat sich als stabile internationale Währung etabliert, er ist nach dem Dollar die zweite Weltwährung. Der Euro wird zunehmend als Anker-, Reserve-, Anlage- und Transaktionswährung verwendet. Der Euro ist heute mit einem Anteil von etwa einem Viertel auch die zweitwichtigste Reser-

vewährung nach dem Dollar. Er spielt vor allem in Europa eine zentrale Rolle als stabile Ankerwährung, an die viele andere Währungen gebunden sind.

Regionale Reservewährung

Der Euro wird auch außerhalb des Euroraums – insbesondere in Zentral- und Osteuropa – häufig verwendet. Der Euro hat damit die Rolle einer regionalen Reservewährung in Europa übernommen.

Der Euroraum wächst und umfasst derzeit 19 Länder mit über 300 Millionen Menschen. Diese profitieren von einer weltweit verbreiteten, international akzeptierten und stabilen Währung. Der Euro stärkt auch den europäischen Einfluss weltweit. Die Krise im Euroraum ist daher nicht, wie verschiedentlich dargestellt, eine Krise des Euro, sondern einige Mitgliedsländer sind von Banken- und Staatsschuldenkrisen betroffen.

In den 1970er- und 1980er-Jahren wiesen Österreich und die Schweiz als Efta-Mitglieder noch eine ähnliche Wachstumsperformance auf. Es gab lediglich einen leichten Aufholprozess des damals noch wesentlich ärmeren Österreich. Dies änderte sich in den 1990er-Jahren dramatisch.

Die Schweiz hatte rund um das Nein zum EWR eine ausgeprägte Wachstumsschwäche und konnte erst nach Abschluss bilateraler Abkommen im Wachstum wieder zu Österreich aufschließen. Trotz eines wesentlich wachstumsfreundlicheren Umfelds als Österreich (die Schweiz belegte in Wettbewerbsrankings immer bessere Plätze als Österreich, im letzten Ranking des World Economic Forum lag die Schweiz auf dem ersten, Österreich auf dem 21. Platz) konnte die Schweiz die Wachstumsverluste von Anfang der 1990er-Jahre nie mehr kompensieren.

Mehrere Wachstumsschübe

Österreich wuchs damit als EWR-Teilnehmer und als EU-Mitglied wesentlich rascher als die Schweiz. Die Kausalität und die Frage, ob Österreich nicht auch aufgrund anderer Entwicklungen wie etwa der Ostöffnung mehr als die Schweiz profitiert hat, ist damit allerdings nicht beantwortet.

Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts aus dem Jahr 2012 gehen jedenfalls von positiven wirtschaftlichen Auswirkungen aller Integrationsstufen für Österreich aus – von einem zusätzlichen jährlichen BIP-Wachstum:

- Ostöffnung: 0,2 % Punkte
- EU-Beitritt: 0,6 % Punkte
- Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion: 0,4 % Punkte.

DER AUTOR



Mag. Franz Nauschnigg ist seit 2000 Leiter der Abteilung für Integrations-

angelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB). Er ist Mitglied in internationalen Gremien. Zahlreiche Publikationen zu europäischer Integration, Währungspolitik, Kapitalverkehr, Finanzkrise. Der Beitrag stellt seine persönliche Meinung und nicht jene der OeNB dar.

[Privat]

E-Mails an: debatte@diepresse.com